Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9257**

14. Wahlperiode 05. 06. 2002

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Flach, Ernst Burgbacher, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Für eine neue Bildung in Deutschland – Konsequenzen aus der PISA-Studie

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung ist der wichtigste Rohstoff in unserer Gesellschaft. Die Qualität des deutschen Bildungswesens ist von entscheidender Bedeutung für die Chancen, die unsere Kinder und Jugendlichen in ihrem späteren beruflichen Leben haben. Nur engagierte, gut ausgebildete und kreative Menschen werden angesichts des rasanten gesellschaftlichen, sozialen und technischen Wandels die Herausforderungen der Zukunft bewältigen.

Gleichrangig mit der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten muss unser Bildungssystem Werte und Normen unserer Gesellschaft und Kultur jungen Menschen nahe bringen. Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel zu sozialem Verständnis, bürgerschaftlichem Engagement, Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Nicht nur die niederschmetternden Ergebnisse der PISA-Studie, sondern bereits das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der TIMSS-Studie (Third International Mathematics and Science Studies) haben gezeigt, dass die Qualität unseres Bildungssystems nicht ausreicht. PISA muss ein heilsamer Schock werden, der einen Wendepunkt in der Bildungspolitik von Bund und Ländern einleitet.

Besonders beunruhigend ist die durch PISA belegte mangelnde Lesefähigkeit und das unzureichende Verständnis des Gelesenen bei deutschen Schülern. Fast 10% der Schüler mangelt es an jeglichem Textverständnis, weitere 13 % sind bereits überfordert, wenn sie den Inhalt eines Textes wiedergeben oder bewerten sollen. Der Anteil der schwachen und extrem schwachen Leser ist in Deutschland mit fast 23 % für Industriestaaten extrem hoch.

Die PISA-Studie belegt auch, dass in Deutschland zu wenig Wert auf die vorschulische Erziehung und die ersten Jahre der Grundschulbildung gelegt werden. Migrantenkinder und Kinder aus bildungsfernen Schichten haben in Deutschland erheblich geringere Chancen als in anderen Ländern, herkunftsbedingte Defizite innerhalb ihrer Schulzeit auszugleichen. Eine individuelle Förderung findet nur unzureichend statt.

Die Diskussionen um die Konsequenzen aus der PISA-Studie dürfen nicht thematisch so verkürzt werden, dass kurzerhand die Schule oder die Lehrer zu alleinigen Verantwortlichen für das schlechte Abschneiden erklärt werden. Notwendig ist eine echte Neubesinnung zum gesellschaftlichen und politischen Stellenwert von Bildung und eine Auseinandersetzung mit den äußerst schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen Schulen zurzeit ihren Auftrag erfüllen müssen.

Die Eltern stehen in der Gesamtverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder. Der Deutsche Bundestag bekräftigt das in Artikel 6 des Grundgesetzes verankerte natürliche Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen, aber ebenso die damit verbundene „zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“. Schulische und elterliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche sind keine voneinander abgegrenzten Sphären.

Die Morde von Erfurt haben ein Schlaglicht auf die nicht selten mangelnde Kommunikation zwischen Eltern, Lehrern und Schülern in Problemsituationen geworfen. Unser Bildungssystem muss sich auch daran messen lassen, ob frühzeitig Verhaltens- und Kommunikationstörungen bei Schülern erkannt werden. Fest angestellte Schulpsychologen, schulpsychologische Dienste und Betreuungsangebote von freien Trägern können helfen, frühzeitig Warnsignale zu erkennen, damit sich Frustrationserlebnisse bei Versagen nicht in einer so katastrophalen Weise aufstauen, wie dies in Erfurt geschehen ist.

Der Deutsche Bundestag beschließt:

– Oberste Priorität der Bildungspolitik von Bund und Ländern muss die Verbesserung der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen haben. Dazu darf eine Teilnahme an internationalen Schulleistungsvergleichen nicht die Ausnahme, sondern muss der Normalfall sein.

– Zur Verbesserung der Datenlage über die Bildung in Deutschland werden Bund und Länder aufgefordert, einmal pro Legislaturperiode einen nationalen Bildungsbericht vorzulegen. Darin sollen von der vorschulischen über die schulische Bildung auch Daten über die Hochschulausbildung, die berufliche Bildung und die Weiterbildung in Deutschland aufbereitet werden. Mit der Durchführung der Erhebung soll ein unabhängiges Institut beauftragt werden.

– Die Umsetzung der Beschlüsse des Forum Bildung von 10. Januar 2002 soll durch ein begleitendes, von Bund und Ländern finanziertes Monitoring überwacht werden. Im Jahr 2003 soll dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

– Bei der Einrichtung von Ganztagsschulen bietet der Bund die Förderung von Modellvorhaben von Bundesländern und Kommunen an. Gerade im Bereich der Ganztagsbetreuung sind sehr unterschiedliche an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse angepasste Konzeptionen denkbar und wünschenswert. Der Ausbau von Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen und Vereinen ist zu fördern. Auch die Vergabe von Ganztagsbetreuung an geeignete private Betreiber (Vereine, Kirchen, Lehrer- und Elterngruppen) sollte möglich sein. Zur Förderung von Kreativität und Selbständigkeit muss der Stellenwert musischer und künstlerischer Bildung deutlich gestärkt werden.

– Der Deutsche Bundestag fordert die Finanzminister der Bundesländer auf, der Bildungspolitik auch finanziell einen höheren Stellenwert zu geben. Gute Bildung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb warnt der Deutsche Bundestag davor, die sinkenden Schülerzahlen für den Abbau der Lehrerstellen zu nutzen. Vielmehr muss diese Chance für eine Verringerung der Klassenstärken und Verstärkung der individuellen Förderung ergriffen werden.

– Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesländer auf, unabhängige Qualitätssicherungsagenturen zu gründen, die die Qualität von Schulleistungen in wichtigen Basisfächern wie Mathematik, Deutsch, Naturwissenschaften und erste Fremdsprache überprüfen und zertifizieren. Notwendig ist ein Wettbewerb zwischen den Bundesländern um die beste Qualität ihrer Schulausbildung. Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) von Eisenach sind zwar ein erster Schritt in diese Richtung. Die Länder-Vereinbarung über die Inhalte der Bildungsstandards darf aber nicht Jahre auf sich warten lassen. Die KMK-Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung“ muss noch in diesem Jahr konkrete Festlegungen von Bildungsstandards erarbeiten. Außerdem muss geklärt werden, wie weit der Interpretationsspielraum der Länder ausgestaltet werden soll. Unterschiedliche Wege zur Verbesserung der Schulqualität sind im Hinblick auf einen echten Wettbewerbsföderalismus sinnvoll, dürfen aber nicht dazu führen, dass die Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist.

Um ein flexibleres und am Bedarf orientiertes Angebot an Kindergartenplätzen zu schaffen, spricht sich der Deutsche Bundestag für die Einführung des Kita-Gutschein-Modells aus. Damit wird der Anspruch der Eltern auf eine Kinderbetreuung bestätigt, ohne dass damit die Zuweisung eines konkreten Platzes verbunden ist. Mit dem Kita-Gutschein treten die Eltern am Markt der Anbieter als Nachfrager auf und suchen sich die gewünschte Leistung aus. Die Qualität des Betreuungsangebotes soll die Nachfrage bestimmen, nicht die Nähe der Wohnung.

Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss im Hinblick auf eine vorschulische Erziehung verbessert werden, denn bereits in den ersten Jahren werden die Grundlagen für die „Bildungskarriere“ unserer Kinder gelegt. Dazu sind die entsprechenden Berufsbilder zu novellieren.

Die heutige Lehrerausbildung ist zu wenig praxisbezogen und bereitet die zukünftigen Lehrer nicht hinreichend auf ihr späteres Berufsleben vor. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesländer auf, längere, frühzeitige Praktika in Schulen verbindlich in die Lehrerausbildung zu integrieren und die diagnostischen Fähigkeiten der zukünftigen Lehrer zu stärken. Das Verständnis für die Psychologie des Jugendalters, Moderationskenntnisse und Präsentationstechniken müssen heute zum Handwerkszeug jedes angehenden Lehrers gehören. Modellversuche der Länder mit einer gestuften Lehrerausbildung mit Bachelor- und Magisterabschluss sollten durch eine intensive pädagogische Begleitforschung des Bundes unterstützt werden.

Zur Verbesserung des Leseverständnisses und der Freude am Lesen sind die Mittel der Stiftung Lesen aufzustocken.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiativen einiger Bundesländer, mit Modellen des Bildungssparens die Qualität der Bildung zu verbessern, z. B. indem Auslandsaufenthalte finanziert werden. Die Bundesregierung soll prüfen, ob Modelle des Bildungssparens auch steuerlich gefördert werden können.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die pädagogische Forschung an Hochschulen und Forschungsinstituten – speziell für den Vor- und Grundschulbereich – finanziell zu stärken.

Berlin, den 5. Juni 2002

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333